Inobhutnahme des Kindes – und dann?

»Aktion. Perspektiven für junge Menschen und Familien« soll betroffenen Eltern helfen

Gießen (no/bf). Gelingendes Leben kann so schön sein. Aber welche Abgründe tun sich auf bei jenen, denen dies weniger leicht von der Hand geht? Und bei denen, die dergestalt problematische Biografien von Amts wegen begleiten müssen, die einzuschreiten haben, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Wenn – ganz konkret – Wohl und Wehe eines Kindes auf dem Spiel stehen. Das kommt öfter vor im Landkreis Gießen, als gemeinhin angenommen wird: Im vorvergangenen Jahr sah sich das Kreis-Jugendamt zu fast 70 Fällen von Inobhutnahmen gezwungen, das waren rund vier in jeder der 17 Kommunen des ländlichen Raums.

Dabei hat die Sozialverwaltung des Kreises zunächst einzig und allein das Kind im Fokus, dessen Sicherheit und Schutz. Andererseits ist es ihr nicht egal, wie es den betroffenen Eltern geht, der Mutter, dem Vater. Jenen also, von denen die Verantwortlichen ebenso wie die unmittelbaren Sachbearbeiter wissen, dass sie in der Regel null Verständnis aufbringen für das Amtshandeln. »Seit Jahresbeginn können wir Eltern, deren Kinder durch das Jugendamt in Obhut genommen werden mussten, gezielt helfen«, sagte Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald dieser Tage gegenüber der Presse beim Vorstellen eines neuen Angebotes »zur Stärkung der Mütter und Väter, zur Verbesserung ihrer Zusammenarbeit mit den Jugendämtern – zum Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen«.

Fronten entschärfen

Kreis und Stadt Gießen haben den Verein »Aktion. Perspektiven für junge Menschen und Familien« beauftragt, ein Beratung für »Herkunftsfamilien« anzubieten, deren Kind die Familie verlassen musste. Angeregt worden war diese Anlaufstelle vergangenes Jahr von den Jugendhilfeausschüssen beider Körperschaften.

Selten dringen Details der prekären Verhältnisse an die Öffentlichkeit. Die Kreisverwaltung schweigt, nimmt in konkreten Fällen nie Stellung. Zum Schutz aller Beteiligten. Hin und wieder versuchen betroffene Eltern, die heimische Presse zu instrumentalisieren. Wie jüngst eine Familie aus einer Kreisgemeinde. Ihre vier Kinder waren im Mai 2014 vom Jugendamt in Obhut genommen worden, da – so schilderte die Mutter aus ihrer Warte – »mein Mann und ich an diesem Tag Streit hatten und wir das Amt leider um Hilfe baten«. Dann seien sie »erpresst« worden, »uns zu trennen, ansonsten dürfen die Kinder nie mehr zurück nach Hause«. Unmittelbar attackiert wird eine einzelne Kreisbedienstete, von der die Betroffenen behaupten, sie habe auch in anderen Familien zu einer Trennung geraten. »Bei meiner Nachbarin hat sie es geschafft, dass sich die Frau von ihrem Ehemann trennt.« Das habe mit Menschenwürde nichts zu tun. Vielmehr seien Kinder wie Eltern »unerträglichen psychischen Qualen« ausgesetzt.

Dazu der Kreis: Besser kein Kommentar!

Mit solchen und ähnlichen Anwürfen werden sich nun die Fachkräfte des Vereins »Aktion. Perspektiven für junge Menschen und Familien« beschäftigen müssen. Um dann den Weg zu ebnen, auf dem die »Herkunftsfamilie« in vielen Facetten zu neuer Stärke gelangen kann. Oßwald: »Neben der Auseinandersetzung mit der Trennung vom Kind braucht es eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Eltern, um die Bedingungen für eine mögliche Rückführung realistisch erarbeiten zu können.«

Für Eltern sei die unfreiwillige Situation zumeist sehr belastend, sagt Gießens Bürgermeisterin und Jugenddezernentin Gerda Weigel-Greilich. Um die Lage zu mildern, müsse fachkundig und konstruktiv Hilfestellung gegeben werden. Ein Rückzug der Eltern und eine ablehnende Haltung sei (...) zwar verständlich, aber wenig hilfreich und sorge häufig für eine Verhärtung der Fronten zwischen Familie und Jugendamt. Die Leidtragenden: das Kind, die Kinder.

Zum Schutz der in Obhut genommenen Kinder bieten Kreis und Stadt auch betroffenen Familien Hilfe an.

Foto: kreispresse

Gemeinsam Lösungen suchen

Wie geht das künftig ab bei Inobhutnahmen? Die Jugendämter geben den Eltern Infomaterial zum Beratungsangebot. Falls die Familie es wünscht, kommen Mitarbeiter der »Aktion« wenige Tage danach auf sie zu. Bis zu sieben Einzelfall-Besprechungen bietet der Träger an. Dabei soll möglichst zu Beginn ein gemeinsames Gespräch mit der zuständigen Fachkraft des Jugendamtes stehen. Außerdem sollen den Eltern Angebote anderer Träger bekanntgemacht werden, etwa über Kurse zur Elternbildung oder über Wege zu einer Therapie.

Daneben werden regelmäßige Gruppentreffen terminiert zum angeleiteten Austausch zwischen Eltern in ähnlichen Situationen. Auch ein themenzentriertes Wochenendseminar sei in Planung, hieß es.

*

Die Mitarbeiterinnen des Beratungsangebotes, Friederike Henn u. Diana Blumentritt, sind zu erreichen unter Telefon 0641/ 74349 oder 0176.54046595 und per Mail unter *d.blumentritt@aktion-verein.org*.